

**Klausurtagung
der CSU-Landtagsfraktion
vom 22. bis 24. September 2025
im Kloster Banz**



**„Wirtschaft stärken – Zukunft sichern:
Kurswechsel für Deutschland“**

1 Die Ampel-Koalition hat mit ihrer verfehlten Politik den Standort Deutschland in eine
2 tiefe Krise gestürzt. Überregulierung, unzureichende Arbeitszeitflexibilisierung,
3 überhöhte Energiepreise, steuerliche Belastungen und sich ständig ändernde
4 Rahmenbedingungen haben den Standort Deutschland unattraktiv gemacht. Hinzu
5 kommen ideologisch motivierte Eingriffe in die Märkte, eine Bürokratielawine gerade
6 auch in der Digitalpolitik und ein unzureichendes Bekenntnis zu zentralen
7 Zukunftstechnologien wie Künstlicher Intelligenz (KI). Das hat den Betrieben die
8 Perspektive genommen und Investitionen verhindert. Die Folge: Während die
9 Wirtschaft in anderen Industriestaaten spürbar gewachsen ist, trat unsere Wirtschaft
10 auf der Stelle.

11 Die unionsgeführte Bundesregierung hat den Kurswechsel auf den Weg gebracht. Mit
12 unserer verlässlichen Politik schaffen wir wieder Vertrauen in die wirtschaftliche Stärke
13 unseres Landes. Wir sind fest davon überzeugt: Nur eine wettbewerbsfähige
14 Wirtschaft sichert Wohlstand, soziale Sicherheit und unseren Handlungsspielraum in
15 Europa. Genau dafür setzen wir uns ein. Unsere wirtschaftspolitische Agenda muss
16 auf nachhaltiges Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet
17 werden. Wir brauchen mehr unternehmerische Freiheit und Eigenverantwortung, mehr
18 gezielte ordnungspolitische Impulse und verbesserte Rahmenbedingungen. In Bayern
19 haben wir dazu mit der Hightech Agenda vorgelegt: Sie fördert den
20 Technologietransfer durch die Technologietransferzentren und stärkt den
21 Gründergeist aus den Hochschulen in Bayern. Mit der neuen Hightech Agenda auf
22 Bundesebene setzt Forschungsministerin Dorothee Bär die richtigen Impulse.
23 Entscheidend ist jetzt, dass dies konsequent markt- und wirkungsorientiert umgesetzt
24 wird.

25 Ein wirtschaftlich starkes Deutschland braucht Wachstum nicht nur in den Metropolen,
26 sondern flächendeckend auch in den Regionen. Starke Regionen sind die Grundlage
27 für ein starkes Europa und ein starkes Deutschland. Deshalb lehnen wir den Vorschlag
28 der EU-Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028 bis 2034 in der jetzigen
29 Fassung ab. Die geplanten Kürzungen in der Regional- und Strukturpolitik sowie in der
30 Landwirtschaft sind nicht hinnehmbar. Wir müssen Grenzregionen weiterhin gezielt mit
31 Programmen wie „Interreg“ unterstützen. Außerdem lehnen wir eine
32 Vergemeinschaftung von Schulden und neue EU-Steuern ab. Für eine starke
33 Wirtschaft brauchen wir steuerliche Entlastung, keine weiteren Belastungen.

34 **1. Deutschland muss wieder wettbewerbsfähiger werden**

35 Deutschland ist zu teuer geworden. Produktions- und Lohnnebenkosten sowie die
36 steuerliche Belastung liegen über der Schmerzgrenze. Unternehmen wandern ab,
37 Investitionen bleiben aus.

- 38 • Die steuerliche Gesamtbelastung von Unternehmen müssen wir auf 25 %
39 beschränken und den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen.
- 40 • Gerade dem Mittelstand und dem Handwerk – als Rückgrat unserer Wirtschaft
41 – geben wir klare Signale: einfache Abschreibungsregeln, weniger
42 Berichtspflichten und echte Planungssicherheit.
- 43 • Lohnzusatzkosten wollen wir senken und das Rentenmodell zukunftsfähig
44 aufstellen.
- 45 • Wir setzen auf eine Energiepolitik, die auf Technologieoffenheit und
46 marktwirtschaftliche Lösungen baut statt auf ideologische Verbote. Wir wollen
47 innovative, klimafreundliche Technologien fördern – von Geothermie und
48 Wasserstoffanwendungen über moderne Solarsysteme bis hin zu weiteren
49 zukunftsfähigen Lösungen. Unser Ziel ist dabei auch: Mehr Energieerzeugung
50 im Inland und weniger Abhängigkeit von Importen.
- 51 • Wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart, wollen wir die
52 Stromsteuer für alle auf das europäische Mindestmaß senken und Umlagen und
53 Netzentgelte reduzieren.
- 54 • Die Übertragung auf die nachfolgende Generation darf Betriebe nicht in eine
55 existenzielle Krise stürzen. Wir setzen uns daher weiterhin nachdrücklich für
56 Änderungen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer ein.
- 57 • Es gilt die Weiterqualifizierung unserer Arbeitskräfte in der Wirtschaft zu
58 unterstützen. Dazu gehört auch, dass in der berufsbegleitenden Weiterbildung
59 die Möglichkeiten des digitalen Lehrens und Lernens ausgeschöpft und
60 bürokratische Hürden in diesem Bereich abgeschafft werden. Die Anreize für
61 Fort- und Weiterbildung – auch für die nicht-akademischen Zielgruppen –
62 müssen weiterentwickelt werden.

63 **2. Automobilindustrie muss in Deutschland Zukunft haben**

64 Die Automobilbranche ist die Schlüsselbranche Deutschlands und Bayerns. Sie ist
65 Innovationsmotor und Kern industrieller Wertschöpfung. Doch verschärfte
66 wirtschaftliche Rahmenbedingungen, hohe Energie- und Materialkosten, ausufernde
67 Bürokratie und zunehmender Protektionismus stellen die Unternehmen vor massive
68 Herausforderungen. Mittlerweile baut diese Branche in Deutschland immer mehr
69 Arbeitsplätze ab. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Automobilbranche in
70 Deutschland klare Zukunftsperspektiven haben muss. Für uns steht fest:

- 71 • Klares Bekenntnis zum Automobilstandort Deutschland.
- 72 • Technologieoffenheit statt Verbote: Quoten oder erzwungenes Aus einzelner
73 Antriebe sind der falsche Weg. Das Verbrenner-Verbot 2035 muss fallen!

- 74 • Infrastruktur zügig ausbauen, insbes. Ladeinfrastruktur und Wasserstoff-
75 Tankstellennetz.
- 76 • Unterstützung der Automobilindustrie und gerade auch der Zulieferer im
77 Transformationsprozess u.a. beim Aufbau von neuen Kompetenzen und dem
78 Wissens- und Technologietransfer.

79 **3. Zukunftsperspektiven für energieintensive Industrien schaffen**

80 Freier und regelbasierter internationaler Handel ist eine der Grundlagen für unseren
81 Wohlstand. Die CSU-Landtagsfraktion bekennt sich klar zum Freihandel und zur
82 Ausweitung der EU-Freihandelsabkommen. Die Corona-Pandemie hat uns gelehrt,
83 wie wichtig Resilienz ist, dass wir die Außenhandelsbeziehungen diversifizieren
84 müssen und dass sich Deutschland und Europa in strategisch besonders wichtigen
85 Branchen nicht zu sehr von Importen abhängig machen dürfen. Gerade in Zeiten
86 unsicherer Lieferketten, volatiler Märkte und einer international zunehmenden Abkehr
87 von Freihandel und Globalisierung ist eine starke energieintensiv produzierende
88 Industrie, wie z.B. die Chemie- oder Stahlindustrie, von essenzieller Bedeutung. Sie
89 versorgt weitere Branchen mit wichtigen strategischen Grundstoffen und leistet einen
90 unverzichtbaren Beitrag für Resilienz, Technologieführerschaft und die strategische
91 Autonomie Deutschlands und Europas.

- 92 • Wir brauchen dafür wettbewerbsfähige und verlässliche Rahmenbedingungen.
- 93 • Die Transformation hin zur klimaneutralen Produktion muss mit
94 marktwirtschaftlichen Anreizen unterstützt werden.
- 95 • Auf europäischer Ebene müssen wir handelspolitische Schutzinstrumente und
96 den CO₂-Grenzausgleich (CBAM) im Sinne unserer Betriebe weiterentwickeln
97 und belastende Regulierungen auf den Prüfstand stellen.
- 98 • Die energieintensiven Industrien und ihre Beschäftigten brauchen
99 Planungssicherheit – Deutschland darf kein Industriemuseum werden.
- 100 • Zur Unterstützung der energieintensiven Industrien brauchen wir einen
101 möglichst pragmatisch und bürokratiearm ausgestalteten Industriestrompreis
102 auf Basis des neuen EU-Beihilferahmens.

103 **4. Bürokratieinfarkt verhindern**

104 Unternehmerische Freiheit ist ein wesentlicher Schlüssel für Wachstum, Bürokratie ist
105 heute einer der größten Wachstumshemmer. Bayern geht mit dem Beauftragten für
106 Bürokratieabbau und der Enquete-Kommission zum Thema „Potenziale in
107 Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung entfesseln – Das Leben leichter machen,
108 Bürokratie abbauen, den Staat neu denken“ voran und hat auf Landesebene schon
109 viel Bürokratie abgebaut. Allerdings werden immer noch einige Industrien, die wir im
110 Sinne der notwendigen Resilienz in Deutschland halten müssen, z.B. die
111 Pharmaindustrie, durch Auflagen insbesondere aus Brüssel und aus der Zeit der
112 Ampel-Regierung stark geschwächt. In diesem Bereich müssen vor allem auch die
113 Zulassungsverfahren und aufwändigen Prüfungen durch die sogenannten Benannten
114 Stellen auf den Prüfstand.

115 Daneben könnten Modellregionen ein Lösungsansatz sein, in denen bestimmte
116 bürokratische Regelungen für Betriebe, etwa Statistik-Pflichten, nicht mehr gelten
117 sollen.

- 118 • Wir fordern einen konsequenten Bürokratieabbau von der EU und vom Bund
119 nach bayerischem Vorbild. Bei neuen Gesetzen muss überprüft werden, ob
120 diese vermeidbare Bürokratie aufbauen.
- 121 • Alle EU-Vorgaben sind im Hinblick auf Nutzen und bürokratischen Aufwand
122 kritisch zu prüfen und dürfen vom Bund nur 1:1 umgesetzt werden. Überflüssige
123 Vorschriften und Verschärfungen von EU-Vorgaben durch Bundesrecht (sog.
124 Goldplating) gilt es zu unterlassen und, wo sie schon bestehen, abzubauen.
125 Besonders im digitalen Bereich blockiert Bürokratie den Fortschritt.
- 126 • Für jedes neue Gesetz müssen auch auf Bundesebene zwei bestehende
127 gestrichen werden („One-in-Two-out“).
- 128 • Es muss, vor allem auch in der Digitalpolitik, für EU und Bund gelten:
129 Vorschriften praktikabel gestalten und entschlacken, Genehmigungsverfahren
130 überprüfen und vereinfachen oder abschaffen, wo sie nicht mehr erforderlich
131 sind. Wir müssen Innovation konstruktiv ermöglichen, statt sie durch Bürokratie
132 zu verhindern.

133 **5. Künstliche Intelligenz als Chance der technologischen Souveränität nutzen**

134 KI ist eine wichtige Zukunftstechnologie. Wir wollen den Fortschritt mitgestalten.
135 Deshalb investieren wir mit der deutschlandweit einzigartigen bayerischen Hightech
136 Agenda rund 5,5 Milliarden Euro in Bereiche wie KI, Quantentechnologie, Luft- und
137 Raumfahrt oder Cleantech. Unsere wirtschaftliche Stärke hängt ganz maßgeblich von
138 Digitalisierung und dem verantwortungsvollen Einsatz von KI ab. Datenschutz und
139 bürokratische Hürden dürfen neue Entwicklungen und die Anwendung von
140 Zukunftstechnologien nicht unnötig behindern und schon gar nicht unmöglich machen.
141 Wir wollen eine moderne Datenkultur erreichen, die den sicheren und innovativen
142 Umgang mit Daten ermöglicht, die Grund- und Freiheitsrechte wahrt und dabei
143 Spielräume für wirtschaftliche Potenziale bietet.

- 144 • Klare gesetzliche Regelungen: Mittlerweile sind insbesondere auf EU-Ebene
145 Weichenstellungen getroffen worden (z.B. Data Act und AI Act), die zahlreiche
146 Fragen in der Praxis aufwerfen. Hier muss Klarheit geschaffen werden und zwar
147 auf gesetzlicher Ebene, damit Unternehmen innerhalb eines klaren
148 Rechtsrahmens rechtssicher handeln können.
- 149 • Überregulierung verhindern: Der EU AI Act darf nicht durch deutsches
150 Goldplating verschärft werden.

151 **6. Gründergeist und Gründerzentren stärken**

152 Bayern ist Start-up Standort Nummer 1 in Deutschland und unser Programm
153 Gründerland Bayern mit seinen umfangreichen Angeboten an Gründerinnen und
154 Gründer und der Social-Startup-Hub Bayern (SSHB) können als Vorbild für
155 Deutschland gelten. Aber Deutschland braucht insgesamt wieder mehr Mut zum

156 Unternehmertum. Start-ups und Gründer sind Innovationstreiber in allen Bereichen.
 157 Doch viele junge Unternehmer sehen sich mit überbordender Bürokratie, langen
 158 Genehmigungsverfahren, unsicheren Finanzierungsbedingungen und einer
 159 innovationshemmenden Regulierungsdichte konfrontiert. Der Gründergeist in unserem
 160 Land wird dadurch gebremst. Um international konkurrenzfähig zu bleiben, müssen
 161 wir junge Unternehmen unkompliziert starten und wachsen lassen. Gründerzentren
 162 spielen dabei eine wichtige Rolle: Sie vernetzen Wissenschaft, Mittelstand und Start-
 163 ups, schaffen Räume für Ideen und bieten Infrastruktur. Die CSU-Landtagsfraktion
 164 fordert daher:

- 165 • Das klare Bekenntnis zu Gründern und Gründerzentren auf allen Ebenen und
 166 Rahmenbedingungen, die den Erfolg von Unternehmensgründungen
 167 unterstützen, aber auch die Kosten eines Scheiterns minimieren.
- 168 • Bürokratiebremsen für Gründer lösen, Genehmigungen beschleunigen,
 169 Berichtspflichten vereinfachen, Bagatellschwellen bei bürokratischen
 170 Anforderungen prüfen und digitale One-Stop-Lösungen schaffen.
- 171 • Gründerzentren als Zentren für Innovation und Unternehmensgründungen
 172 weiterhin fördern und stärken.
- 173 • Finanzierung erleichtern: Start-ups und technologieintensive Scale-ups, vor
 174 allem aus den Bereichen KI, Robotik und Deep Tech, brauchen in Deutschland
 175 besseren Zugang zu Wachstumskapital. Wer hier forscht, testet und den
 176 Marktzugang schafft, muss auch die Möglichkeit haben, hier zu wachsen.

177 **7. Initiative Arbeitskräfte**

178 Unsere Wirtschaft braucht dringend mehr Arbeitskräfte – nicht nur hochqualifizierte
 179 Fachkräfte – in nahezu allen Bereichen: Im Handwerk, in der Gastronomie, in der
 180 Pflege, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Industrie, im Transportwesen und im
 181 Handel. Fast überall fehlen fleißige Hände, die anpacken und mithelfen, damit unser
 182 Land funktioniert. Die Bayerische Staatsregierung hat im engen Schulterschluss mit
 183 den Arbeitsmarktakteuren im Freistaat bereits ein breites Bündel an Maßnahmen zur
 184 Hebung in- und ausländischer Arbeitskräftepotentiale ergriffen. Daran knüpfen wir an
 185 mit der Forderung nach einer umfassenden Initiative Arbeitskräfte mit folgenden
 186 Handlungsfeldern:

- 187 • Inländische Potenziale ausschöpfen, unter anderem mithilfe des Bayerischen
 188 Arbeitsmarktfonds und der Initiative „Ältere und Arbeitswelt“. Auch die
 189 Potentiale von älteren Menschen im Ruhestand gilt es verstärkt zu aktivieren.
- 190 • Berufliche Aus- und Weiterbildung stärken, etwa mit der „Allianz für starke
 191 Berufsbildung in Bayern“, dem „Pakt für berufliche Weiterbildung“ sowie mit
 192 Initiativen wie „Fit for Work – Chance Ausbildung“ und dem Weiterbildungsportal
 193 www.kommweiter.bayern.de.
- 194 • Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere durch eine
 195 verlässliche und qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung sowie durch den
 196 „Familienpakt Bayern“.

- 197 • Optimale Nutzung des Arbeitskräftepotentials aus dem Ausland durch schnelle
198 Integration in Arbeit – durch Sprachkurse und die rasche Anerkennung
199 ausländischer Qualifikationen. Bayern hat zur Beschleunigung der
200 Anerkennungsverfahren von ausländischen Qualifikationen seit dem 1. Juli
201 2025 die generelle Fast Lane für ausländische Fachkräfte umgesetzt. Sie sorgt
202 für deutlich mehr Tempo und Effizienz bei der Fachkräfteeinwanderung.

203 Auch der Bund muss die Rahmenbedingungen zur Arbeits- und Fachkräftesicherung
204 verbessern:

- 205 • Die Visa-Verfahren für ausländische Arbeitskräfte müssen weiter deutlich
206 beschleunigt werden.
- 207 • Arbeit muss Vorrang haben: Das Bürgergeld muss angepasst werden – wir
208 setzen auf Arbeit und Leistungsbereitschaft statt staatlicher Unterstützung!
209 Denn wir brauchen mehr Menschen, die in unser soziales Sicherungssystem
210 einzahlen, und weniger, die Leistungen erhalten. Leistung muss sich lohnen.
211 Das Bürgergeld bewirkt aktuell das Gegenteil. Deshalb muss das Bürgergeld
212 jetzt zügig abgeschafft und eine neue Grundsicherung mit deutlich mehr
213 Leistungsanreizen auf den Weg gebracht werden. Der Grundsatz muss lauten:
214 Wer in der Lage ist, durch eigene Arbeit seinen Lebensunterhalt zu bestreiten,
215 kann kein Bürgergeld beziehen!